

Diese Schwerpunktsetzung ergibt sich aus einer thematischen Fokussierung innerhalb der drei angeführten Räume von Greater China. Sie spiegelt das interessierende Spannungsverhältnis von Einheit und Differenz des Chinesentums wider, das auf dem Weg der Erforschung von Integrations- und Desintegrationsprozessen, von politischen Konfliktfeldern und ihren Überwindungsmöglichkeiten sowie von Identitätskonstruktionen und ihren historischen Kontinuitäten bzw. Brüchen immer wieder ausgelotet werden soll.

Speziell in der Lehre bietet die neue Professur Möglichkeiten der Spezialisierung sowohl in den Tübinger BA/MA-Studiengängen für Sinologie als auch in den integrierten Studiengängen Internationale Volkswirtschaft/Sinologie und Internationale Betriebswirtschaft/Sinologie. In Vorbereitung ist zudem ein interfakultärer MA-Studiengang "Politics and Economics in East Asia", den das Seminar für Sinologie und Koreanistik zusammen mit dem Seminar für Japanologie, dem Institut für Politikwissenschaft und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät tragen wird. Dabei wird das Lehrangebot maßgeblich von den dargestellten Schwerpunkten der Tübinger Greater China Studies geprägt sein.

Gunter Schubert

Call for Papers für einen Sammelband *Indonesien zwischen Autoritarismus und Demokratie*

In dem Sammelband *Indonesien zwischen Autoritarismus und Demokratie* soll eine theorieorientierte Bilanz der bisherigen politischen Transition in Indonesien gezogen werden. Im Vordergrund stehen die Entwicklungen vom Sturz Suhartos im Mai 1998 bis zu den Präsidentenwahlen 2004. Den Erkenntnissen der jüngeren Demokratisierungsforschung folgend sollen Einzel- und Kollektivakteure, politische Institutionen, intermediäre Instanzen sowie die politische Kultur beleuchtet und in ihrem Beitrag auf die Konsolidierung der Demokratie untersucht werden. Wir suchen nach Beiträgen für folgende Themen:

- Die Rolle kollektiver Akteure im Konsolidierungsprozess: Betrachtet werden sollen beispielsweise die Rolle des Militärs (die Erosion des Gewaltmonopols, die Auseinandersetzungen um die *dwifungsi*, Territorialstruktur etc.) oder der Großunternehmer.
- Die Rolle und Funktionsweise politischer Institutionen (Wahlen, Parlament, Gerichte, Verwaltung).
- Der Institutionalisierung politischer Parteien.
- Die Bedeutung informeller Mechanismen (Korruption, Patronage).
- Die Regionalisierung und Dezentralisierung und ihr Beitrag zur Demokratie.
- Die Entwicklung und Funktion der Zivilgesellschaft (NGOs, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, etc.).

Angeboten werden können auch einzelne Themenkomplexe wie beispielsweise Islam und Demokratie, religiöse Konflikte, Terrorismus, Separatismus etc.. Diese Phänomene sollen, wenn sinnvoll, auf ihre Wirkung auf die Demokratisierung des Landes eingeschätzt werden.

Vorschläge für Themen und *abstracts* mit etwa 3.000 Zeichen und deutlicher Strukturierung werden bis zum 31.12.2004 in digitaler Form bei den Herausgebern erwartet. Die Fertigstellung der Einzelbeiträge (max. 20 Seiten, DIN A4) soll dann bis zum 31.03.2005 erfolgen. Als Datum für die Publikation ist der Herbst 2005 vorgesehen. Interessierte wenden sich bitte an: Herausgeber:

Dr. Marco Bunte
Institut für Asienkunde
Rothenbaumchaussee 32
040/428874-0
buente@ifa.duei.de

Dr. Andreas Ufen
Institut für Asienkunde
Rothenbaumchaussee 32
040/428874-0
ufen@ifa.duei.de

Forschungsbericht

Bemerkungen zum Bedarf einer kulturübergreifenden Bioethik: Ethik und Politik benötigen mehr kulturwissenschaftliche Kompetenz

1 Bioethischer und kultureller Klärungsbedarf

Zu Beginn des Jahres 2004 versetzten Meldungen über erfolgreiches Menschenklonen in Südkorea die Welt in Aufregung. Regelmäßig bestätigten Kommentatoren, es sei kein Wunder, dass diese Experimente gerade – oder ausgerechnet – in Ostasien zum Erfolg geführt werden konnten.

Jenseits biomedizinischer Spezialprobleme stellen sich Fragen zum Umgang mit Globalisierungsphänomenen. Stellvertretend für viele hat das Mitglied der Enquete-Kommission "Ethik und Recht der modernen Medizin" des Deutschen Bundestags, Rainer Beckmann, religiöse Vorstellungen in anderen Kulturen als strategische Mittel zur Aufweichung deutscher Standards verdächtigt.¹ Findet aus "westlicher" Sicht ein Tabubruch statt? Hat er womöglich Methode? Stehen besondere "kulturelle Werte" dem medizinischen Fortschritt im "christlichen Abendland" im Wege? Müssen wir die buddhistische, jüdische oder konfuzianische Kultur übernehmen oder unseren überkommenen Grundüberzeugungen abschwören, um dem medizinischen Fortschritt dienen zu können?

Erinnern wir uns an die Debatten der 1990er-Jahre über vermeintliche "asiatische Sonderwege" zu Demokratie, Wirtschaftswachstum und Menschenrechten. Heute, scheint es, feiert im hastig entworfenen Weltbild der Bioethik ein obsoletes Kulturverständnis Urstände. Die Prominenz "kultureller" Argumente in allen moralischen Lagern der Ethikdebatte vermittelt den Eindruck, dass der Kulturalismus nicht erledigt ist. Bei der Kategorisierung der Welt tun sich Betrachter schwer, die zunehmend differenziert wahrgenommene innere Pluralität aller "Kulturen" auch auf der Ebene kultureller Reflexion nachzuvollziehen – und dabei kulturbildende Faktoren, wie zivilgesellschaftliche Strukturen und die ökonomische Ausrichtung der Politik, zu berücksichtigen.

Nur so kann man es überhaupt plausibel finden, wenn Kritiker mahnen, durch den Hintereingang der Anerkennung kultureller Vielfalt solle der Herabsetzung "unserer" ethischen Standards ein Weg gebahnt werden. In der Tat scheint der Rückgriff auf "Kulturargumente" derartige Sorgen zu bestätigen. So verlangte der Kölner Forscher Jürgen Hescheler unlängst wieder einmal, unter Hinweis auf buddhistische und jüdische Vorbilder, gleiche Arbeitsbedingungen wie Kollegen in Singapur, Malaysia und Israel, damit die deutsche Forschung

¹ Rainer Beckmann, Kommentar in: *Die Tagespost*, 23.10.2003; (vgl. www.ead.de/tclg/aktuell.php?id=360).